

Die politische Öffnung der Familie in der Bundesrepublik Deutschland: eine Anmerkung zum Gegenstrukturkonzept

Geißler, Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geißler, R. (1981). Die politische Öffnung der Familie in der Bundesrepublik Deutschland: eine Anmerkung zum Gegenstrukturkonzept. In W. Schulte (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980* (S. 531-536). Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-189177>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DIE POLITISCHE ÖFFNUNG DER FAMILIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

Eine Anmerkung zum Gegenstrukturkonzept.

Rainer Geißler

In der deutschen Familiensoziologie ist es üblich, das Verhältnis von Familie und Politik mit der Denkfigur einer zunehmenden Polarisierung von Privatheit und Öffentlichkeit zu analysieren. Familienstrukturen sind überwiegend einfach, übersichtlich, vertraut, emotional, personenbezogen; die Strukturen der Politik dagegen vorwiegend komplex, unübersichtlich, distanziert, rational und leistungsbezogen. Liebe ist ein wesentliches Element der Familie, das Ringen unterschiedlicher Interessen um Macht ist das Wesen der Politik. Private und öffentliche Sphäre der Gesellschaft treiben immer weiter auseinander, weil sich die Kernfamilie zunehmend aus den gesellschaftlichen Funktionsbereichen von Arbeit und Daseinsvorsorge, aber auch aus den umgreifenden Verwandtschaftsbeziehungen herauslöst und sich zu einer kleinen, privaten, gefühlsbetonten Gemeinschaft entwickelt (vgl. z.B. DAHRENDORF 1965, SCHELSKY 1967, ROSENBAUM 1973, NEIDHARDT 1975, BEHRMANN 1976). Es wird des weiteren hervorgehoben, daß Familismus, Privatismus und eine relative soziale Isolation der modernen Kernfamilie - "Defizite" an Umweltorientierung und Beziehungen zu den öffentlichen Institutionen - die Folgen des Strukturwiderspruches von Familie und Politik verschärfen (z.B. Familienbericht 1975). Privatismus und Familismus werden unterschiedlich bewertet: Für die einen stellt die Intimität der Familie das notwendige Gegengewicht zu einer bedenklich bürokratisierten Umwelt mit ihren Zumutungen an den einzelnen dar (z.B. SCHELSKY 1967), für die Anhänger eines Demokratie-Konzeptes mit möglichst wenig elitären Zügen dagegen behindert der Familismus die Entwicklung notwendiger öffentlicher Tugenden. Das Erfahrungsdefizit im Hinblick auf den öffentlichen Bereich beeinträchtigt die Fähigkeit zur rationalen Konfliktbewältigung und zur Solidarität außerhalb der Familie, weckt ein Mißtrauen gegenüber dem öffentlichen Bereich (Familienbericht 1975, NEIDHARDT 1975) und sei einer der Gründe für die "Pathologie der liberalen Demokratie" in der Bundesrepublik Deutschland (DAHRENDORF 1965).

Anhänger und Kritiker des Familismus übersehen durch ihr Denken im

Modell des Widerspruchs von Privatheit und Öffentlichkeit eine Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte, die man - etwas pointiert - als eine "politische Öffnung der Familie" in der BRD bezeichnen kann. Diese Entwicklung läßt sich an vier Symptomen aufzeigen: am Eindringen politischer Massenmedien in den privaten Schonraum der Familie, an der Politisierung der Familiengespräche, an einer Hinwendung der Eltern zu einer politischen Erziehungsaufgabe und an einer Rationalisierung der familialen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen.

Technologischer und sozioökonomischer Wandel haben die politische Kommunikationsstruktur nachhaltig verändert. Der Kontakt zum politischen Bereich wird immer stärker über die Massenmedien hergestellt (GEISSLER 1973). Der Anteil der Bevölkerung, der über die Massenmedien mit dem politischen Bereich in Berührung kommt, hat zugenommen, nicht zuletzt infolge der Ausbreitung des Fernsehens in den 60er Jahren. Im 1. Quartal 1979 erreichte die ARD-"Tagesschau" durchschnittlich 33% aller Fernsehhaushalte (Einschaltquoten), die ZDF-Nachrichtensendung "heute" 29%, die politischen ARD-Magazine 23%, das "heutejournal" 21%, die "Tagesthemen" 12% und das "ZDF-Magazin" 11% (DARSCHIN 1979). Das Fernsehen hat dabei Hörfunk oder Zeitung als politische Informationsmedien nicht verdrängt, sondern die Nutzung des politischen Informationsangebots dieser Medien eher noch stimuliert.

Von 100 Personen werden durch politische Informationen erreicht	Gesamtbevölkerung		
	1964	1970	1974
des Fernsehens	42	63	68
des Hörfunks	47	55	59
der Tageszeitung	46	49	54
insgesamt	82	88	92

Quelle: BERG/KIEFER 1978

Die These vom Defizit der Familie an Umweltorientierung stützt sich auf Materialien über "direkte" Kontakte der Familienmitglieder zum öffentlichen Bereich und vernachlässigt die skizzierten "indirekten" Kontakte, die zunehmend wichtiger geworden sind.

Auch die Struktur der Kommunikation innerhalb der Familie hat sich verändert. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Eltern und Kindern stehen weiterhin Ausbildungs- und Berufsprobleme, Fragen der Freizeitgestaltung und der Primärgruppenkontakte; Politik ist lediglich zweit-

rangig. Dennoch zeigen verschiedene Studien übereinstimmend, daß in den 70er Jahren in den Familien häufiger über Politik gesprochen wird als in den 60er Jahren. Der Anteil der Familien, in denen Politik ein Tabu ist, ist von etwa 50% auf etwa 25% geschrumpft (vgl. BECKER u.a. 1968, KOCH 1972, BLÜCHER 1975, JENNINGS/JANSEN 1976, JAIDE 1979). Dagegen gaben 1976 36% der Achtzehnjährigen an, häufig mit dem Vater über Politik zu sprechen, 23% redeten häufig mit der Mutter darüber (JAIDE 1979). Für Kinder und Jugendliche stellt die Familie - zusammen mit den Gleichaltrigen - den wichtigsten politischen Kommunikationskreis dar (SCHARMANN 1967, BECKER u.a. 1968, TESCHNER 1969, HARNISCHFEGER 1972, EMNID 1973, WITTERN 1974, BLÜCHER 1975, SAND/BENZ 1976). Bis etwa zum 18. Lebensjahr rangiert die Familie vor den Gleichaltrigen, danach kehrt sich das Verhältnis - infolge der Lösung des Jugendlichen aus der Herkunftsfamilie - um (KALTEFLEITER 1974, BLÜCHER 1975). Internationale Vergleichsdaten zeigen zudem, daß Familismus und Privatismus keine spezifisch deutschen Erscheinungen sind, wie es Dahrendorf noch vermutete, sondern im Gegenteil: deutsche Familien haben sich der Politik stärker geöffnet als englische und französische. Auf die Frage "wo und wie man sich mit Politik befassen kann" kreuzten 58% der deutschen Jugendlichen die Antwort "zu Hause, im Gespräch, privat" an, aber nur 28% der Engländer und 11% der Franzosen (BLÜCHER 1977).

Auch die Abwehrhaltung der Eltern gegenüber einer politischen Erziehungsaufgabe hat sich gelockert. Um 1960 herum gibt es nur wenige Väter oder Mütter, die auch politische Erziehungsziele verfolgen (KEMMLER 1960, DAHRENDORF 1965). 1972 geben in einer (allerdings nicht repräsentativen) Studie 69% der Väter von Grundschulern an, daß die Familie durchaus für die politische Erziehung der Kinder zuständig sei. 48% der Väter können sich auch an Fragen ihrer 9-10jährigen Kinder mit politischem Inhalt erinnern. Die Diskussion tagespolitischer Ereignisse, die Aufklärung über die Aufgaben der staatlichen Organe und die Hilfe bei der politischen Meinungsbildung werden am häufigsten als Inhalte der politischen Familienerziehung genannt (WACKER/BRAUN 1973).

Die "Politisierung" der Familie hat schichtenspezifische Unterschiede nicht beseitigt. Aus der Massenkommunikationsforschung ist bekannt, daß in den oberen Schichten die politischen Informationsangebote der Medien intensiver genutzt werden als in den unteren Schich-

ten (vgl. GEISLER 1973). Ähnliches gilt für die direkte familiäre Kommunikation und für die Wahrnehmung einer politischen Erziehungsaufgabe: in den Familien der oberen Schichten ist die Bereitschaft zur politischen Erziehung und zum politischen Gespräch stärker ausgeprägt als in den unteren Schichten. Neidhardts These vom "Unterschichtenfamilismus" (NEIDHARDT 1968) ist weiterhin gültig.

Die bisher referierten empirischen Daten geben nur sehr grobe Hinweise auf die zunehmende Verknüpfung von Politik und Kommunikation bzw. Sozialisation in der Familie. Über die "Qualität" der "Politisierung" sagen sie nichts aus. Die folgenden Materialien und Überlegungen lassen einige Rückschlüsse auf die Qualität der politischen Subkultur der Familie und auf Veränderungen in diesem Bereich zu.

Dem allgemein bekannten Homogenisierungsdruck innerhalb der Familie ist auch das politische Familienmilieu ausgesetzt: Partnerwahl und Anpassung in der Ehe führen zu einer hohen politischen Übereinstimmung im Ehepartnersystem. Wenn beide Elternteile eine bestimmte Partei bevorzugen oder wählen, dann decken sich in etwa 90% der Familien die Parteipräferenzen oder Wahlentscheidungen der Ehepartner (LIEPELT/RIEMENSCHNITZER 1973, WASMUND 1977). Im Verlauf der Ehe nimmt die Übereinstimmung zu, wobei sich die Ehefrau stärker der politischen Richtung ihres Mannes anpaßt als umgekehrt (WEINER 1978). Konfliktzonen verlaufen hauptsächlich zwischen Eltern und Kindern (HARNISCH-FEGGER 1972, ALLERBEK 1973, HITPASS 1974, BLÜCHER 1975), wobei in deutschen Familien politische Konflikte zwischen den Generationen häufiger auftreten als in den USA, Großbritannien, Österreich oder den Niederlanden (FINDL u.a. 1976 nach SCHMITT 1978). Der Abbau hierarchischer Familienstrukturen und die Liberalisierung des Erziehungsverhaltens lassen erwarten, daß Vielfalt und Kontroverse in der Familie zunehmen werden. Der Konsenszwang dürfte sich etwas lockern.

Allgemeine sozioökonomische und kulturelle Entwicklungstendenzen legen die Vermutung nahe, daß die "Rationalität" der familialen Kommunikation und Entscheidungen langfristig zunimmt. Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Wandel macht die Familie zunehmend "freier": sie löst sich aus strukturellen Zwängen und traditionellen Bindungen und wird immer häufiger vor die Notwendigkeit gestellt, möglichst gut informiert zwischen Verhaltensalternativen zu wählen. Das Wirtschaftswachstum erhöht die Mengen des Einkommens und der Zeit, deren

Verwendung nicht von vornherein festgelegt ist, sondern einer familiären Entscheidung bedarf ("Freigeld", Freizeit). Ein vielfältig-unübersichtliches Angebot auf dem Verbrauchermarkt und im Freizeitsektor zwingt zur Informationsverarbeitung und zur Auswahl aus Alternativen. Gleichzeitig lockern sich traditionale Verhaltensmuster in der Erziehung, bei den Bildungskarrieren von Kindern und in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, so daß auch in diesen Bereichen der Familie zunehmend Entscheidungen zwischen Verhaltensalternativen abverlangt werden. Die Familie dürfte immer stärker einem Rationalisierungsprozeß ausgesetzt sein, der traditionales oder durch "materielle" Zwänge festgelegtes Verhalten zurückdrängt zugunsten eines "rationalen" Verhaltens, mit dem Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung und Abwägen von Alternativen verknüpft sind und bei dem Normen und Bedürfnisse zur Diskussion stehen. Langfristig dürfte diese Rationalisierung auch auf das politische Verhalten in der Familie durchschlagen. Um Mißverständnissen dieser Tendenz-"Spekulation" vorzubeugen: wie man weiß, entspricht der Wähler so wenig dem homo politicus wie der Verbraucher dem homo oeconomicus, und auch das Familienmitglied dürfte sich nur selten dem Typ des abwägend-rationalen Verhaltens annähern. Dennoch bleibt festzuhalten: Industrialisierung und gesellschaftliche Differenzierung mit ihren Folgen - "Frei"-Geld, "Frei"-Zeit, Vielfalt im Konsum- und Freizeitangebot, Normen- und Rollenpluralismus - drängen Elemente eines durch Traditionen oder sozioökonomische Zwänge gebundenen Familienverhaltens zurück zugunsten rationaler Verhaltenselemente.

Auf die komplexen Ursachen der Rationalisierung des Familienverhaltens habe ich bei der Darstellung dieser Tendenz bereits hingewiesen. Die Ursachen der zuvor beschriebenen "Politisierung" der Familie sind dagegen in einem anderen Bereich zu suchen. Die politische Öffnung der Familie ist genauso wenig ihr "Verdienst" wie die politische Isolation ihr "Verschulden" war. Die Anstöße dazu gingen nicht von der Dynamik der Familienstrukturen aus, sondern vom Wandel der politischen Kultur mit seinen vielfältigen Ursachen. Die politische Öffnung der Familie spiegelt lediglich eine gewisse "Politisierung" der politischen Kultur in der BRD wider. Deren Ursachen dürften u.a. darin zu suchen sein, daß die deutsche Bevölkerung der 60er Jahre den entpolitisierenden Schock des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft überwunden hatte und infolge wirtschaftlichen Fortschritts, der mit einer relativ stabilen politischen Entwicklung einherging,

ein positives Verhältnis zu dem neuen politischen System aufbauen konnte. Die Beseitigung wirtschaftlicher Not setzte vor allem in den Mittelschichten und bei der jüngeren "postmaterialistischen" Generation politische Energien frei, die das politische System relativ gut an sich binden konnte, weil es in der Lage war, relativ flexibel auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit einzugehen.